

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: A. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
 Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
 vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitungs- oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neuesten 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement für den Monat März auf die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 35 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.

Die Redaktion.

E. L. Berlin, 26. Februar.

Deutscher Reichstag.

16. Plenar-Sitzung vom 26. Februar, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf Posadowsky.

Die Beratung des Finanzreform-Gesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Enneccerus (nl.): Wenn Herr Richter gestern davon ausging, das laufende Jahr werde höchstens ein Mehr von 4 Millionen Mark Matrifularbeiträgen über die Ueberweisungen bringen, so überläßt er, daß dieses Gesetz ja gerade den Schwankungen abzuheben bezweckt, unter denen die Einzelstaaten bisher gelitten haben.

Den jetzigen Nachschub überwiegen Matrifularbeiträge stellt Herr Richter die früheren Vorteile stärker Mehrerhebungen gegenüber. Gewiß, es sind früher Hunderte von Millionen mehr überlassen worden, aber wäre das nicht gewesen, so hätten wir mit diesen Hunderten von Millionen die Reichsschulden verringern können, und auch das wäre auf die Dauer den Einzelstaaten zu Gute gekommen. Mit Recht hat der Herr Schatzsekretär gemeint, daß wir mit dieser Vorlage die Reichsfinanzverwaltung gegenüber den Einzelressourcen stärken. Eine Finanzverwaltung kann nur dann mit Erfolg auf Sparfüßen drängen, wenn sie auf die Unzulänglichkeit der vorhandenen Mittel hinweisen kann. Das vermag sie aber nicht, wenn jederzeit in jeder Höhe die Einzelstaaten mit Matrifularbeiträgen herangezogen werden können. Es handelt sich hier auch nicht um eine rein automatische Regelung, vielmehr stellt diese Regelung dem Bundesrat eine sehr schwierige Aufgabe, die nämlich, sich nach der Höhe der Einnahmen, weil man sich an die Einzelstaaten nicht mehr über eine, durch die Höhe der Ueberweisungen gegeben, bestimmte Grenze wenden kann. Dieses Gesetz unterscheidet sich von dem vorigen durch den Verzicht auf die feste Ueberweisung von 40 Millionen. In den Einzelstaaten ist das vielfach beklagt worden, daß man nicht diesen Verzicht annehmen wollte, wenn erst durch diesen Verzicht gewinnt dieses Gesetz Privatsparlichkeit und Dauer. Keinesfalls sollte man diese Reform abhängig machen von dem Zustandekommen der Tabaksteuer. Was dieses betrifft, so hat der Herr Schatzsekretär von einem „Kampf der 5 Pfennig-Zigarette gegen die verbliebenen Regierungen“ gesprochen. Dieser Kampf ließe sich vermeiden, wenn man die Steuererhöhung erst beginnen ließe bei der 6 Pfennig-Zigarette! Diese wird nicht von heute gemacht, die man zu den Meisten rechnen muß. Freilich würden dann statt 32 nur 20 Millionen aufkommen. Aber der Ausfall ließe sich ausgleichen durch Erhöhung des Zolles. Ich hoffe, dieses Gesetz wird wenigstens in seinen Grundlagen und dann auf Dauer zu Stande kommen.

Schätzlicher Finanzminister v. Bagdorsky: Mit solchen schwankenden Matrifularbeiträgen an das Reich kann kein Finanzminister wirtschaften, und wir in Sachen am allerwenigsten. Herr Richter hat zwar gestern ausgerechnet, wie Einzelstaaten würden uns bei dieser Finanzreform schlechter stellen, als früher. Aber Herr Richter selber hat doch nicht behaupten können, daß wir in den nächsten Jahren weniger als jetzt an das Reich zu zahlen haben würden. Nehmen Sie die Vorlage an. Sie werden sich damit den Staat nicht nur der verbliebenen Regierungen, sondern auch der Bevölkerung verdanken.

Abg. Debel (Sozialdemokrat): Der gegenwärtige Zustand hat doch wenigstens den Erfolg gehabt, den Einzelstaaten die Reform ihres direkten Steuerwesens nahe zu legen. Klüftig dagegen würde jeder Beweggrund dazu fortfallen, wenn das Reich keine Ansprüche mehr an die Einzelstaaten erhebt. Ebenso haben die Einzelstaaten gar keinen Anlaß mehr, sich darum zu kümmern, wenn im Reich neues Militär, neue Schiffe und dergleichen mehr geschaffen werden. Die Einzelstaaten würden sagen: was geht das uns an, — sich Du, Reich, zu, wie Du die Kosten aufbringst! Ueber den Zweck, der mit dieser Vorlage eigentlich verfolgt wird, lassen alle die gestern gehaltenen Anspielungen keinen Zweifel. Man will uns damit auf den Weg zu neuen Steuern nötigen. Und zwar zu neuen indirekten Steuern. Es soll bei uns so werden, wie in Frankreich, wo die Bourgeoisie so jamlos ist, wie nirgendwo anders und wo die Ausbeutung des Volkes durch das indirekte Steuersystem am allerweitesten getrieben worden ist. Daß es bei uns ganz ebenso weit noch nicht gekommen ist, das liegt daran, daß bei uns eine Sozialdemokratie besteht, die dem indirekten Steuersystem Widerstand geleistet hat. Herr Richter verlangt, daß wenigstens ein Teil der etwaigen Ueberlässe der Ueberweisungsbeiträge über die Matrifularbeiträge auch wirklich den Einzelstaaten zugeführt wird. Darauf werden die verbündeten Regierungen ja gewiß gerne eingehen. Wenn der Reichstag auf diese Pläne der Regierung eingehen will, so sind wir ja zu schwach, um das zu hindern. Aber die Konsequenzen werden sich ja später herausstellen und dann werden wir weiter davon sprechen.

Vaterländischer Bevollmächtigter v. Stengel: Auf die Eingangsbeurteilung des Vordrucks muß ich doch, da er da auch von Bayern sprach, erwidern, daß wir bei unserem direkten Steuersystem stets bemüht waren, die Last von den schwächeren Schultern abzuwälzen und auf die stärkeren Schultern zu legen. Ueber eine Reform unseres direkten Steuersystems schweben Erwägungen, die noch nicht abgeschlossen sind. Sollte es aber zu der Reform kommen, so möchte ich doch bezweifeln, ob dabei ein Mehr gegenüber den bisherigen Steuererträgen herauskommen wird. In Preußen geschähe das, aber bekanntlich am besten, weil Preußen die Deklaration einführte. Bei uns in Bayern gehen wir aber die Deklaration schon längst.

Sachsen-Weimarer Bevollmächtigter Dr. Deerwart führt aus, bei Ablehnung dieser sowie der Tabaksteuer-Vorlage würden die Defizits noch größer werden, als sie ohnehin seien.

Abg. v. Kardorff (Nichtst.): Wenn Herr Debel behauptet, die Vorlage bezwecke nur eine größere Neubelastung der schwachen Schultern, so vergißt er, daß gerade durch seine eigenen Pläne die Landwirthschaft, an der 25 Millionen be-theiligt sind, so geschädigt werden würde, daß sie ihre Arbeiter im Jahre noch herabsetzen müßte. Die Vorlage ist eine unbedingte Nothwendigkeit, da sie uns dem Ziele einer Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten näher führt.

Schatzsekretär Graf Posadowsky führt noch dem Abg. Richter gegenüber aus, es sei doch nur einmal Thatsache, daß die Ausgaben des Reiches jährlich um 4 Prozent gestiegen seien. Herr Richter hat mir ferner den Vorwurf gemacht, ich hätte schwarz in schwarz gemalt. Ja, ich habe die Verhältnisse nicht schlimmer dargestellt, als dies Herr Richter selbst vor 1 1/2 Jahren gethan hat gelegentlich der Erklärungen meines Amtsvorgängers in der Militär-Kommission. Ich möchte daher Herrn Richter den Vorwurf machen, über jene Erklärungen doch jetzt endlich einmal Gottes Fiebern walten zu lassen. Sehr interessant waren mir Herrn Debel's Ausführungen. Ich kam ihm darauf nur erwidern: die schwächeren Schultern sind hier die kleineren Einzelstaaten (Sachsen, Meckl.), und die stärkeren Schultern die Gesamtheit der verbündeten Regierungen. Die kleineren Einzelstaaten sind es, denen wir jetzt in ihrer Finanznoth zu Hilfe kommen müssen.

Abg. Richter: Für die Vorlage haben bereits 12 Redner das Wort erhalten, gegen dieselbe nur 2. An der Wichtigkeit der Vorlage zweifle ich nicht, und die Klagen der Einzelstaaten begreife ich. Aber ich habe es Ihnen ja i. A. vorausgesagt, daß das Reich Ihnen doch Alles, was es Ihnen an Ueberweisungen geben werde, an Matrifularbeiträgen wieder nehmen werde! Damals, 1879, wollten Sie es nicht glauben. Der gute Jahre haben Sie sich (Redner wendet sich besonders an den „kleinen“ Bundesrathssitz) gereut, jetzt nun sitzen Sie in der Patsche und glauben, sich mit diesem Gesetze herauszulesen zu können. Den Herrn Enneccerus erinnere ich daran, wie ehemals Wexlau und nach ihm Herr Wexlau in den Matrifularbeiträgen das Einnahmebewilligungsberechtigt und in diesem den werthvollsten Faktor unseres konstitutionellen Verfassungslebens erblickt haben. Ebenso hat das Zentrum stets in den Matrifularbeiträgen die Gewährleistung für den föderativen Charakter des Reiches gesehen. Wie hier wollen an den Matrifularbeiträgen daher festhalten. Herrn Enneccerus nenne ich noch eine andere Autorität, den früheren preussischen Finanzminister von Camphagen. Derselbe erklärte 1874: „er würde nicht glauben, daß der Reichstag der Aufhebung der Matrifularbeiträge zustimmen könne, denn derselbe würde sich damit seine Stellung erheblich verschlechtern.“ Auch 1879 noch, als Herr Wexlau die Matrifularbeiträge abschaffen wollte, hat Herr v. Camphagen sich entschieden dagegen ausgesprochen.

Abg. Hug (Ztr.): Ich habe im badischen Landtage Erfahrungen gemacht, dergleichen ich der Vorlage sympathisch gegenüberstehe. Von einem zum anderen Jahre haben wir in Baden in unseren Abrechnungs-Verhältnissen zum Reich Spannungen bis zu 5 Millionen gehabt. Also Spannungen, die für einen so kleinen Staat zu groß sind. Dabei fällt besonders ins Gewicht, daß wir 2 jährige Zahlungsperioden haben. Wie soll man da Ordnung schaffen? Es ist das doch nur möglich, wenn man, wie es in der Vorlage geschieht, stabile Beziehungen zwischen Reich und Einzelstaaten bewirkt. Einzelne Bedenken gegen die Vorlage habe ich allerdings, so dagegen, daß der gesamte Ueberfluß über die etatsmäßig veranschlagten Ueberweisungen dem Reich verbleiben soll. In der Kommission wäre zu erwägen, ob nicht der Ueberfluß, der über 15 oder 20 Millionen hinausgeht, den Einzelstaaten zufließen sollte.

Abg. Richter: Im Gegenseite zum Vorjahre scheint man jetzt durch die Herren einzelstaatlichen Minister Massenwirkungen erzielen zu wollen, während der eigentliche Kapellmeister Herr Miquel sich von der Debatte fern hält. Der Herr Schatzsekretär sprach jetzt von den Einzelstaaten als den „schwachen Schultern“, gleich als ob seinerzeit Graf Caprivi bei den schwachen Schultern ebenfalls nur an die Einzelstaaten gedacht hätte. Aber was damals und heute unter den schwachen Schultern zu verstehen war, ist doch wohl bekannt genug. Verschiedene Minister und auch Herr Hug haben sich auf zweijährige Zahlungsperioden bezogen. Ja, weshalb schaffen Sie diese nicht ab? dieselben förderte nur die Ueberwachungs- und den Schuldendienst. Und wenn Sie von den übrigen Folgen der Schwankungen in Ihren Beziehungen zum Reich reden, so meine ich, daß Sie viel weniger unter diesen Schwankungen zu leiden haben, als durch die Schwankungen Ihrer Staatsbahnen-Einnahmen! Durchaus zureichend hat Herr Richter die konstitutionelle Bedeutung der Matrifularbeiträge geschildert im Gegenstände zu Herrn Vöber, der jetzt nur noch eine „rechnende Form“ erblickt. Bei Annahme dieses Gesetzes sind die Matrifularbeiträge allerdings nur noch ein durchlaufender Posten ohne Werth für unser Einnahme-Bewilligungs-Recht. Auch von der Frankenstein'schen Klausel bleibt, wenn Sie dieses Gesetz annehmen, nichts weiter übrig, als etwa wenn Sie von einer wohlgefügigen Stellung alle eigentlichen Werke zerstören und nur hier und da ein Thürmchen übrig lassen im Interesse der Schönheit der Gegend. Zweifelloß ist, daß bei Annahme dieses Gesetzes neue indirekte Steuern die Folge sein würden, denn die direkte Besteuerung werden die Einzelstaaten nicht aus der Hand geben. Ein solches Gesetz kann man allenfalls machen in einer Zeit des Ueberflusses, aber nicht in einer Zeit, wo das Reich ohnehin Mühe hat, ohne Defizit zu wirtschaften. Vor Allen warne ich die Gegner des Tabaksteuergesetzes, auf diese Brücke zu treten. Denn die Vorlage soll in der That nur als Brücke dienen, um das Tabaksteuergesetz zur Annahme zu bringen!

Nach einigen kurzen Bemerkungen des Abg. Frege tritt auch

Abg. Enneccerus nochmals den Ausführungen Richters entgegen. Dieser habe allerdings nicht mit Unrecht auf die Schwankungen der Staatsbahnen-Einnahmen hingewiesen. Durch diese Schwankungen werde aber doch augenscheinlich die Wirkung der Schwankungen in dem Verhältnisse zum Reich für die Einzelstaaten noch

verschärft, und um so notwendiger erscheine die Befestigung letzterer Schwankungen.

Damit schließt nach einer kurzen Entgegnung Richters die Debatte. Persönlich verwahrt sich der

Abg. Vöber dagegen, daß er den konstitutionellen Werth der Matrifularbeiträge gestern niedriger veranschlagt habe, als vor Jahresfrist.

Die Vorlage wird jetzt der Tabaksteuer-Kommission überwiesen.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahlen der Abg. v. Gumbel-Tabladen, v. Am, Müders, Hilgenhoff, Werner und Frank werden für gültig, das Mandat des Abg. König für ungültig erklärt.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Einnahme- und Ausgabe-Verhältnisse der Reichs- und Provinzial-Verwaltungen. Antrag Hammerstein betreffend Juden-Einwanderung.

Schluß nach 5 Uhr.

Präsident des Reichstages: Die Verhandlung der Matrifularbeiträge gestern niedriger veranschlagt habe, als vor Jahresfrist.

Die Vorlage wird jetzt der Tabaksteuer-Kommission überwiesen.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahlen der Abg. v. Gumbel-Tabladen, v. Am, Müders, Hilgenhoff, Werner und Frank werden für gültig, das Mandat des Abg. König für ungültig erklärt.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Einnahme- und Ausgabe-Verhältnisse der Reichs- und Provinzial-Verwaltungen. Antrag Hammerstein betreffend Juden-Einwanderung.

Schluß nach 5 Uhr.

Präsident des Reichstages: Die Verhandlung der Matrifularbeiträge gestern niedriger veranschlagt habe, als vor Jahresfrist.

Die Vorlage wird jetzt der Tabaksteuer-Kommission überwiesen.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahlen der Abg. v. Gumbel-Tabladen, v. Am, Müders, Hilgenhoff, Werner und Frank werden für gültig, das Mandat des Abg. König für ungültig erklärt.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Einnahme- und Ausgabe-Verhältnisse der Reichs- und Provinzial-Verwaltungen. Antrag Hammerstein betreffend Juden-Einwanderung.

Schluß nach 5 Uhr.

Präsident des Reichstages: Die Verhandlung der Matrifularbeiträge gestern niedriger veranschlagt habe, als vor Jahresfrist.

Die Vorlage wird jetzt der Tabaksteuer-Kommission überwiesen.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahlen der Abg. v. Gumbel-Tabladen, v. Am, Müders, Hilgenhoff, Werner und Frank werden für gültig, das Mandat des Abg. König für ungültig erklärt.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Einnahme- und Ausgabe-Verhältnisse der Reichs- und Provinzial-Verwaltungen. Antrag Hammerstein betreffend Juden-Einwanderung.

Schluß nach 5 Uhr.

Präsident des Reichstages: Die Verhandlung der Matrifularbeiträge gestern niedriger veranschlagt habe, als vor Jahresfrist.

Die Vorlage wird jetzt der Tabaksteuer-Kommission überwiesen.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahlen der Abg. v. Gumbel-Tabladen, v. Am, Müders, Hilgenhoff, Werner und Frank werden für gültig, das Mandat des Abg. König für ungültig erklärt.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Einnahme- und Ausgabe-Verhältnisse der Reichs- und Provinzial-Verwaltungen. Antrag Hammerstein betreffend Juden-Einwanderung.

Schluß nach 5 Uhr.

Präsident des Reichstages: Die Verhandlung der Matrifularbeiträge gestern niedriger veranschlagt habe, als vor Jahresfrist.

Die Vorlage wird jetzt der Tabaksteuer-Kommission überwiesen.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahlen der Abg. v. Gumbel-Tabladen, v. Am, Müders, Hilgenhoff, Werner und Frank werden für gültig, das Mandat des Abg. König für ungültig erklärt.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Einnahme- und Ausgabe-Verhältnisse der Reichs- und Provinzial-Verwaltungen. Antrag Hammerstein betreffend Juden-Einwanderung.

Schluß nach 5 Uhr.

Präsident des Reichstages: Die Verhandlung der Matrifularbeiträge gestern niedriger veranschlagt habe, als vor Jahresfrist.

Die Vorlage wird jetzt der Tabaksteuer-Kommission überwiesen.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahlen der Abg. v. Gumbel-Tabladen, v. Am, Müders, Hilgenhoff, Werner und Frank werden für gültig, das Mandat des Abg. König für ungültig erklärt.

Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Einnahme- und Ausgabe-Verhältnisse der Reichs- und Provinzial-Verwaltungen. Antrag Hammerstein betreffend Juden-Einwanderung.

daß auch in deutschen Kreisen noch die verführerische Melodie vom deutschen Sprachunterricht geblasen wird. Man muß die Dinge eben näher gesehen haben. Was müßte die oberflächliche Bevölkerung denken, wenn heute eine seit 30 Jahren bestehende Einrichtung aufgehoben würde. (Sehr richtig!) Die Gefahr wäre nicht minder gefährlich als die Sozialdemokratie.

Abg. Dr. Sattler (nl.): Bewilligt man heute den polnischen Religionsunterricht, so wird sich daran sofort die Forderung des polnischen Sprachunterrichts knüpfen. Das sind Forderungen der polnischen Agitatoren, denen man von vorn herein ein entschiedenes Nein entgegenzusetzen muß. (Sehr richtig!)

Abg. Dr. Porzsch (Ztr.): Die scharfe Stellungnahme des Ministers scheint bedingt durch völlige Unkenntnis über die oberflächlichen Verhältnisse, aber es scheint, daß heute es nach oben hin lieber gehört wird, wenn man polnisch, als wenn man polnischdeutsch spricht. (Sehr richtig!) Wir haben doch kein Interesse daran, die oberflächlichen Volksleute vom Deutschthum abzuwenden zu machen. Gewiß ist es wichtig, daß die Kinder Deutsch lernen, aber wichtiger ist, daß sie von dem Religionsunterricht Nutzen haben und das kann nur geschehen, wenn dieser Unterricht in der Muttersprache erteilt wird.

Abg. Dr. Claffallier (Ztr.) wünscht, daß die Schule ein größeres Gewicht auf die religiöse Seite der Pflege der Jugend lege, zu diesem Zwecke könnte der Lehrstoff eingeeignet und eine engere Anlehnung an die Kirche herbeigeführt werden.

Abg. Schröder (Pole) verwahrt seine Laubsteine gegen die Vorwürfe des Abg. Sattler und sucht aus Einzelheiten darzuthun, daß die Verhältnisse in den katholischen Schulen weitestgehend den Anforderungen entsprechen, denn sämtliche katholischen Lehrer sind überlastet und zahlreiche katholische Kinder werden in evangelischen Schulen unterrichtet.

Reg.-Kommissar Geh. Rath Kögler: In Preußen sind in den letzten drei Jahren 84 neue katholische Schulen gegründet, nirgends hat eine Bevorgung evangelischer Schulen stattgefunden.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (fr.) versichert dem Abg. Porzsch, daß er (Redner) genaue Kenntnisse der oberflächlichen Verhältnisse besitze und dem Abg. Sattler und dem Minister durchaus beistimme, übrigens genüge für die Beurtheilung die Kenntnis der Verhältnisse allein nicht, es gelte auch Unbefangenheit in der Beurteilung dazu. (Sehr richtig!) In den bestehenden Verhältnissen wird nichts geändert werden; geben Sie das der Bevölkerung bekannt und sorgen Sie für einige Jahre der Ruhe, so bin ich überzeugt, wird diese ganze Agitation bald aufhören. (Beifall und Zischen.)

Abg. Dumiller (Ztr.) führt Beschwerde, daß in Hohenzollern der weltliche Schulpflichter den Religionsunterricht kontrolliere.

Minister Dr. Vosse: Die Sache ist bisher mit keiner Silbe beim Ministerium bekannt geworden; so lange an den interessierten Stellen keine Beschwerde erhoben wird, habe ich keinen Anlaß zum Einschreiten. (Beifall.)

Abg. Dasbach (Ztr.) schließt sich den Klagen Schröders und Dietrichs bezüglich der Schulverhältnisse an; auch in den Rheingegenden sei die Behandlung der Schulsachen oft sehr unzufrieden gegen die Katholiken.

Reg.-Kom. Geh. Rath Kögler beschränkt dies; einzelne Fälle könnten hier vor dem Hause nicht erörtert werden.

Sodann vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung morgen 1 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung, sodann Interpellation Bagdorsky betr. Einfuhrverhinderung künstlicher Dünghmittel, Wahlprüfungen.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutschland.

△ Berlin, 26. Februar. Aus Anlaß der heutigen Befestigung des Erzherzogs Albrecht wurde hier in der Hofwiesengasse eine Trauerfeier abgehalten, welcher die Kaiserin, Prinz Friedrich Leopold, Prinz und Prinzessin Friedrich von Hohenzollern, das diplomatische Korps, die höchsten Würdenträger, die Hofgesellschaft und zahlreiche andere hochhehrende Personen beizuhatten.

Bei dem französischen Völkischer Herbeite fand gestern ein Diner statt, zu dem u. A. der Kriegsminister, Staatssekretär v. Marschall geladen waren.

In der Justizkommission des Reichstages wurde heute die Beratung des § 77, nach welchem die Strafkammern künftig nur mit drei Mitgliedern zu besetzen sind, fortgesetzt, aber noch nicht zum Abschluß gebracht.

Dem Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Frhr. v. Schele, ist der Orden pour le mérite verliehen worden.

Der „Reichs-Anzeiger“ bezeichnet die Meldung einiger Blätter, daß bei einzelnen Truppenteilen Umfragen gehalten worden sei, ob jüngere Unteroffiziere als Instrukteure in den japanischen Militärdienst eintreten wollen, für unrichtig.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde heute die Beratung des Marine-Etats erledigt. Die Abg. Dr. Hammacher, Enneccerus und Vöber wünschten eine Aufbesserung der Gehälter der höheren Beamten der Vertriebsbeamten. Die weitere, sehr ausgedehnte Verhandlung bezog sich darauf, ob eine Jahresabrechnung von 3 Prozent für den Flottenwerth zu machen und wie die bei den Torpedobooten ersparten 2400 000 Mark zu verrechnen seien. Durch Annahme eines Antrages Vöber (Zentrum) wurde die Angelegenheit erledigt. Die Kommission vertagte sich dann bis zum 5. März.

Wie verlautet, wird Graf Paul Hensbroeck, einem schon vor dem Rücktritt Caprivis gestellten Gesuche entsprechend, in den diplomatischen Dienst übernommen werden.

Der kommandirende Admiral, Frhr. v. d. Goltz, ist an Influenza erkrankt. Sein Zustand soll nicht ganz unbedenklich sein.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 26. Februar. Der Herzog von Aosta ist heute Abend 9 Uhr 45 Minuten zu den Befestigungsfestlichkeiten hier eingetroffen und auf dem Bahnhofe von dem Kaiser, sämtlichen Erzherzögen, den Spitzen der Militär- und Zivilbehörden, dem italienischen Völkischer Grafen Nigra und dem Völkischerpersonalen empfangen worden. Nach Abschieden der am Bahnhofe angestellten Ehrenkompanie und nach Vorstellung

der Erzherzöge fuhr der Kaiser mit dem Herzog nach dem Hotel Imperial, wo er sich von ihm verabschiedete.

Wien, 26. Februar. Seine Majestät der deutsche Kaiser ist um 11 Uhr Vormittags auf dem Nordbahnhofe hier eingetroffen und wurde vom Kaiser Franz Josef, sämtlichen Erzherzögen, dem Korps-Kommandanten Feldmarschall-Erstatnant Grafen Uexküll-Gyllenband, dem Statthalter Grafen Kienmaseg und dem Polizeipräsidenten empfangen. Am Bahnhofe war eine Ehrenkompanie mit Musik aufgestellt. Nach der Begrüßung fuhr der Kaiser mit dem Herzog nach der Hofburg, wo sie die Erste Oberhofmeisterin Prinz zu Hohenlohe-Schillingfürst und der Obergerichtspräsident Graf Dumbach an der Bellaria den Allerhöchsten Gast empfangen und in das Altesse-quartier geleiteten.

Der Erbprinzip Carl, Majestät des deutschen Kaisers, bestehend aus Feldzeugmeister Fürst Kollowitz, Oberst Stoeber und Oberleutnant Dittler, war Sr. Majestät bis Gänsemarkt entgegengefahren.

Wien, 26. Februar. Zum Empfange Sr. Majestät des deutschen Kaisers hatten sich am Nordbahnhofe eingefunden: die Mitglieder der deutschen Botschaft, der deutsche General-Konsul und der deutsche Botschafts-Offiziersdeputation, der Korps-Kommandant, der Statthalter, der Statthalter und der Polizeipräsident. Etwa eine halbe Stunde vor der Ankunft begann die Aufzählung der Erzherzöge und der zur Zeit hier anwesenden deutschen Fürstlichkeiten. Die Erzherzöge trugen die Uniformen ihrer deutschen Regimenter, der Erzherzog Karl Stephan deutsche Marine-Uniform. Kurz vor 11 Uhr traf der Kaiser Franz Josef in preussischer Uniform ein, von der dicht gedrängten Menschenmenge überall eberbüßig begrüßt. Der Herzog mit Sr. Majestät dem deutschen Kaiser fuhr Punkt 11 Uhr in den Bahnhof ein. Die Majestäten umarmten und küßten sich wiederholt auf das herzlichste. Sr. Majestät der Kaiser Wilhelm, Allerhöchster Herrscher der Deutschen Monarchie, trug die Uniform der Kaiserlichen Hofkammer, die Seite des Kaisers Franz Josef die Ehrenkompanie, während die Musik die preussische Hymne spielte. Alsdann begrüßte Seine Majestät der Kaiser Wilhelm auf das herzlichste die Erzherzöge sowie die anwesenden deutschen Prinzen, während der Kaiser Franz Josef sich mit dem deutschen Völkischer Grafen zu Entenbrenn unterließ, welcher dem Kaiser Wilhelm entgegengefahren war. Nach der Vorstellung des Geseges verließen die Majestäten mit den Erzherzögen und den übrigen Fürstlichkeiten den Hof, worauf Allerhöchstdieselben gemeinsam nach der Hofburg fuhr, überall von der überaus zahlreichen angammelten Menschenmenge enthusiastisch begrüßt.

Wien, 26. Februar. Die Blätter begrüßen in warmen Worten das Eintreffen Sr. Majestät des deutschen Kaisers zu dem Verheirathungsfeste des Erzherzogs Albrecht. Die „Neue freie Presse“ sieht darin eine überaus große Ausnahme von der Regel, wonach Monarchen bei Begrüßungen von Prinzen nur Vertreter entsenden. Der deutsche Kaiser überbringt nicht nur einen Freundschaftsgruß an das kaiserlich-königliche deutsche Reich, sondern auch einen Freundschaftsgruß und die Teilnahme des verbündeten Reiches. Hierdurch wird die Anwesenheit des deutschen Kaisers zu einem großen politischen Ereignis; damit ehrt der deutsche Kaiser die Wertschätzung der verbündeten Monarchie. — Das „Freienblatt“ schreibt: Unser Heer und Volk erkennt die Bedeutung des Besuchs und der Gesinnung an, die aus den kostbaren Worten des jüngsten deutschen Armeeführers gesprochen. Der Besuch ist eine neue eventuelle Gewähr für die Festigkeit und Aufrichtigkeit des Bundes, in welchem alle eine starke Grundlage des Weltfriedens erblicken; er ist ferner ein sichtbares Zeichen der innigen Beziehungen der beiden Nachbarreiche und ein erhebender Ausdruck eines wahrhaft freundschaftlichen Sinnes. — Die „Presse“ äußert sich folgendermaßen: Nicht nur der Pietät der Vergangenheit, sondern auch den Segnungen der Gegenwart gilt die Teilnahme Sr. Majestät des deutschen Kaisers an der Verheirathung. Der Besuch gilt dem treuesten und edelsten Bundesgenossen; in dem dankbaren Gesühle für diese betätigte Freundschaft begrüßt die Wiener Bevölkerung Sr. Majestät den Kaiser Wilhelm. — Das „Neue Wiener Tagblatt“ bemerkt in dem kaiserlichen Besuche die Sprache hoher Staatspolitik und die Sprache des Herzens, welche die österreichischen Völker dankbar zur Kenntnis nehmen. Die bundesfreundliche Kundgebung des deutschen Kaisers ist ganz besonders geeignet, die Empfindungen der politischen und kulturellen Solidität zu vertiefen.

Wien, 26. Februar. Die dankbare Stimmung für Sr. Maj. den deutschen Kaiser wegen seines persönlichen Erscheinens bei der Verheirathung für den Erzherzog Albrecht kommt allorten zum Ausdruck. Die Presse ist nur ein schwacher Interpret derselben. Allüberall hört man das Lob Sr. Maj., der keine Mühe, keine Strapazen scheut, seine Freundschaft für Oesterreich zu betheiligen. Die Militärs sind von der Lebenswichtigkeit des Kaisers entzückt. Sr. Majestät wird an der Seite Kaiser Franz Josefs unmittelbar hinter dem Sarg fahren. Das Wetter ist kalt, aber freundlich. In den Straßen herrscht lebhaftes Gewoge.

Frankreich.

Paris, 26. Februar. Als ein Nachspiel des Expressionsprozesses kann die Angelegenheit des Herrn Verrier, des ehemaligen Maire von Gien (Vosges-Departement), angesehen werden, die heute vor der neunten Kammer des Pariser Appellationsgerichts zur Verhandlung gelangte. Das Urtheil fiel zwar noch aus — es ist auf nächsten Donnerstag verschoben —, aber im vorliegenden Falle kommt es weniger auf das zuerkannte Strafmass an, als vielmehr darauf, ein neues Beispiel für die, gelinde gesagt, eigenwillige Politik aufstellung gewisser französischer Beamten anzuführen. Verrier war ursprünglich Apotheker in seiner Vaterstadt Gien und liesserte als solcher die Medicamente für das städtische Krankenhaus. Im Jahre 1885 wurde er zum Maire gewählt und erhielt das Präsidium in der Verwaltungskommission eben dieses Krankenhauses. Das elementare Geschäftsfähigkeitsgefühl hätte dem nunmehrigen Maire geboten, seine Verzierungen für die kommunale Anstalt einzustellen, d. h. keinen Profit aus einem öffentlichen, speziell für die Kranken bestimmten Institute zu ziehen, das ihm als Stadtvater zu ganz besonderer Fürsorge empfohlen war. Von diesem Gesichtspunkte saßte Herr

